



Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der MH Vertriebs UG (haftungsbeschränkt)

Anbieterkennzeichnung und Anschrift:
MH Vertriebs UG (haftungsbeschränkt)
Kirchenweg 13a, 90419 Nürnberg, Deutschland

Registergericht: Amtsgericht Nürnberg, Registernummer: HRB 43718
Geschäftsführer: Markus Hufnagel
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE451842994

Telefon: +49 (0) 911 748930-40
E-Mail: legal@rider-mobility.com

1. Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) finden Anwendung auf alle Verträge, Lieferungen und sonstigen Leistungen zwischen der MH Vertriebs UG (haftungsbeschränkt) (nachfolgend „Verkäufer“) und ihren Vertragspartnern (nachfolgend „Kunde“), unabhängig davon, ob diese über Online-Vertriebsplattformen, elektronische Kommunikationswege oder im Individualkontakt geschlossen werden.

1.2 Entgegenstehende, abweichende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden werden selbst bei Kenntnis nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der Verkäufer stimmt ihrer Einbeziehung vor Vertragsschluss ausdrücklich in Textform zu.

1.3 Verbraucher im Sinne dieser Geschäftsbedingungen ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB). Unternehmer ist jede natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 BGB).

2. Vertragsschluss und Selbstbelieferungsvorbehalt

2.1 Die Produktdarstellungen des Verkäufers in Online-Shops, Katalogen oder sonstigen Medien stellen unverbindliche Aufforderungen zur Abgabe einer Bestellung (invitatio ad offerendum) dar. Technische Änderungen, Abweichungen in Abmessung, Form, Farbgebung oder Gewicht bleiben im Rahmen handelsüblicher Toleranzen vorbehalten.

2.2 Mit Absenden einer Bestellung unterbreitet der Kunde ein verbindliches Angebot zum Vertragsschluss. Der Verkäufer ist berechtigt, das Vertragsangebot innerhalb von fünf Kalendertagen nach Zugang wahlweise durch Übersendung einer gesonderten Auftragsbestätigung in Textform oder durch Übergabe bzw. Auslieferung der Ware anzunehmen. Der Zugang einer automatisierten Eingangsbestätigung dokumentiert lediglich den technischen Bestelleingang und begründet noch keine Annahmeerklärung.

2.3 Selbstbelieferungsvorbehalt: Ist der Verkäufer trotz des Abschlusses eines kongruenten Deckungsgeschäfts mit einem Lieferanten ohne eigenes Verschulden nicht zur rechtzeitigen oder vollständigen Belieferung des Kunden in der Lage, steht dem Verkäufer ein Rücktrittsrecht vom Vertrag zu. Der Verkäufer wird den Kunden unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit der Leistung in Kenntnis setzen und etwaig bereits empfangene Gegenleistungen des Kunden ungesäumt erstatten.

3. Preise, Nebenkosten und Zahlungskonditionen

3.1 Gegenüber Verbrauchern verstehen sich die angegebenen Preise als Endpreise in Euro inklusive der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Gegenüber Unternehmern verstehen sich sämtliche Preisangaben mangels abweichender Vereinbarung als Nettopreise zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.



3.2 Zusätzliche Kosten für Verpackung, Fracht, Transportversicherung, Zölle oder öffentlich-rechtliche Abgaben werden im Rahmen des Bestellprozesses gesondert ausgewiesen und sind vom Kunden zu tragen.

3.3 Forderungen des Verkäufers sind unmittelbar mit Vertragsschluss zur Zahlung fällig. Befindet sich der Kunde im Zahlungsverzug, berechnet der Verkäufer Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe (bei Verbrauchern in Höhe von fünf Prozentpunkten, bei Unternehmen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem Basiszinsatz). Gegenüber Unternehmen behält sich der Verkäufer die Geltendmachung der gesetzlichen Verzugs- pauschale nach § 288 Abs. 5 BGB in Höhe von 40,00 Euro sowie weitergehender Verzugschäden ausdrück- lich vor.

3.4 Ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht steht dem Kunden nur zu, wenn die geltend gemachte Gegenforderung unbestritten, rechtskräftig festgestellt oder entscheidungsreif ist. Dies gilt nicht für wechselseitige Mängelansprüche eines Verbrauchers aus demselben Vertragsverhältnis.

4. Auslieferung, Teilleistungen und Gefahrübergang

4.1 Lieferfristen beginnen mit Vertragsschluss und dem vollständigen Zahlungseingang des Rechnungsbe- trages. Lieferfristen verlängern sich um den Zeitraum von Behinderungen, die durch höhere Gewalt, rechtmäßige Arbeitskämpfe, Pandemien, behördliche Anordnungen oder unverschuldete Betriebs- und Transportstörungen bedingt sind.

4.2 Der Verkäufer ist zu Teillieferungen berechtigt, soweit diese für den Kunden unter Berücksichtigung der vertraglichen Zweckbestimmung zumutbar sind und dem Kunden hierdurch keine zusätzlichen Frachtkosten zur Last fallen.

4.3 Gefahrübergang:

a) Bei Verträgen mit Verbrauchern geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware mit der Übergabe an den Verbraucher oder eine von ihm bevollmächtigte Person über. Der Übergabe steht es gleich, wenn sich der Verbraucher im Annahmeverzug befindet.

b) Bei Verträgen mit Unternehmen geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung bereits in dem Moment auf den Käufer über, in dem die Ware an die den Transport ausführende Person, das Transportunternehmen oder die Spedition ausgeliefert worden ist (§ 447 BGB).

5. Eigentumsvorbehalt

5.1 Gegenüber Verbrauchern behält sich der Verkäufer das Eigentum an der gelieferten Kaufsache bis zur restlosen Bezahlung des vollständigen Rechnungsbetrages vor.

5.2 Gegenüber Unternehmen gelten folgende ergänzende Bestimmungen:

a) Die Ware verbleibt im Eigentum des Verkäufers bis zur Erfüllung sämtlicher Ansprüche, die dem Verkäufer aus der laufenden Geschäftsverbindung gegen den Unternehmer zustehen (erweiterter Kontokorrentvorbe- halt).

b) Der Unternehmer ist berechtigt, die Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb weiterzuveräußern. Er tritt dem Verkäufer bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Bruttorechnungsbetrages ab, die ihm aus der Weiterveräußerung erwachsen (verlängerter Eigentumsvorbehalt). Der Verkäufer nimmt die Abtretung an. Der Unternehmer bleibt zur Einziehung der abgetretenen Forderung ermächtigt; der Verkäufer behält sich den Widerruf der Einzugsermächtigung vor, sofern der Unternehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

c) Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstige Zugriffe Dritter auf Vorbehaltsware oder abgetretene Forde- rungen hat der Unternehmer dem Verkäufer unverzüglich unter Beifügung der Vollstreckungsdokumente in Textform anzuzeigen.



6. Gewährleistung und Mängelhaftung

6.1 Gegenüber Verbrauchern finden die gesetzlichen Bestimmungen zur Mängelhaftung (§§ 434 ff. BGB) Anwendung.

6.2 Gegenüber Unternehmern wird das Mängelrecht wie folgt geregelt:

a) Der Unternehmer ist verpflichtet, die gelieferte Ware unverzüglich nach Erhalt zu untersuchen und erkennbare Mängel spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen ab Empfang der Ware dem Verkäufer in Textform anzuzeigen (§ 377 HGB). Verborgene Mängel sind unverzüglich nach deren Entdeckung in Textform zu rügen. Versäumt der Unternehmer die fristgerechte Rüge, gilt die Ware in Ansehung des Mangels als genehmigt.

b) Liegt ein Mangel vor, leistet der Verkäufer nach eigener Wahl Nachbesserung durch Reparatur oder Nachlieferung einer mangelfreien Sache.

c) Schlägt die Nacherfüllung nach zwei erfolglosen Versuchen fehl, ist der Unternehmer berechtigt, den Kaufpreis zu mindern oder nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutreten.

d) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt bei neu hergestellten Sachen ein Jahr ab Gefahrübergang. Bei gebrauchten Sachen ist die Gewährleistung vollständig abbedungen.

e) Die vorstehenden Fristverkürzungen und Haftungsausschlüsse gelten nicht bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung, bei arglistigem Verschweigen von Mängeln sowie bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

7. Allgemeine Haftungsbegrenzung

7.1 Der Verkäufer haftet unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz oder bei Übernahme einer Garantie.

7.2 Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet der Verkäufer nur für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten). Kardinalpflichten sind Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf. In diesem Fall ist die Haftung der Höhe nach auf den bei Vertragsschluss vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt.

7.3 Im Übrigen ist die Schadensersatzhaftung des Verkäufers für leichte Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Die Haftungserleichterungen gelten in gleichem Umfang zugunsten der gesetzlichen Vertreter, Angestellten und Erfüllungsgehilfen des Verkäufers.

8. Besondere Bestimmungen für Dienstleistungen und Freistellung

8.1 Verträge über Beratungs-, Konzeptions- oder Marketingleistungen stellen einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611 ff. BGB dar. Der Verkäufer schuldet die fachgerechte Erbringung der Dienstleistung, übernimmt jedoch keine Gewähr für den Eintritt eines konkreten wirtschaftlichen Erfolges.

8.2 Der Kunde stellt dem Verkäufer sämtliche zur Auftragsdurchführung erforderlichen Unterlagen, Freigaben und Daten rechtzeitig zur Verfügung. Durch verzögerte Mitwirkungshandlungen des Kunden bedingte Wartezeiten berechtigen den Verkäufer zur Neuberechnung von Terminen und zur gesonderten Abrechnung des durch den Verzug nachweislich entstandenen Mehraufwands.

8.3 Der Kunde versichert, dass alle dem Verkäufer überlassenen Materialien frei von Rechten Dritter sind. Der Kunde stellt den Verkäufer im Innenverhältnis von allen Ansprüchen Dritter frei, die auf einer schuldhaften Verletzung von gewerblichen Schutzrechten, Urheberrechten oder Persönlichkeitsrechten durch die überlassenen Inhalte beruhen, und erstattet dem Verkäufer die notwendigen Kosten der Rechtsverteidigung.



9. Gesetzliches Widerrufsrecht für Verbraucher

Verbrauchern steht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen sowie bei Fernabsatzverträgen ein gesetzliches Widerrufsrecht zu⁸. Die Belehrung über dieses Recht richtet sich nach der nachstehenden Widerrufsbelehrung.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die Waren in Besitz genommen haben bzw. hat (oder im Falle einer einheitlichen Bestellung mehrerer Waren, die getrennt geliefert werden, ab dem Tag, an dem die letzte Ware in Besitz genommen wurde).

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns:

MH Vertriebs UG (haftungsbeschränkt)
Kirchenweg 13a, 90419 Nürnberg, Deutschland
Telefon: +49 (0) 911 748930-40
E-Mail: legal@rider-mobility.com

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief oder eine E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden.

Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren.

Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.



Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)
An:

MH Vertriebs UG (haftungsbeschränkt)
Kirchenweg 13a, 90419 Nürnberg, Deutschland
E-Mail: legal@rider-mobility.com

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*) / die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

Bestellt am (*) / erhalten am (*): _____

Name des/der Verbraucher(s): _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier): _____

Datum: _____

(*) Unzutreffendes streichen.

10. Schlussbestimmungen und Gerichtsstand

10.1 Es findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) Anwendung. Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur insoweit, als nicht der durch zwingende Bestimmungen des Staates ihres gewöhnlichen Aufenthalts gewährte Schutz entzogen wird.

10.2 Ist der Kunde Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist der Sitz des Verkäufers in Nürnberg ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis.

10.3 Die Vertragssprache ist Deutsch.

10.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Klauseln nicht. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gelten die gesetzlichen Vorschriften (§ 306 Abs. 2 BGB).

Stand: 05.09.2026